

Der Kampf um das Urheberrecht

Das „Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ vom 10. September 2003 hat nach den Vorgaben einer EU-Richtlinie erstmals auch die unkörperlichen Medienwerke ausdrücklich geschützt und Ausnahmen von den strikten Bestimmungen zum Schutz des geistigen Eigentums, juristisch gesprochen: Schranken, bestätigt, modifiziert oder hinzugefügt. Da mit dem genannten Gesetz noch nicht alle Probleme, die einer neuen Regelung harren, gelöst werden konnten, hat der Gesetzgeber 2007 versucht, diese in einem sogenannten „Zweiten Korb“ zu regeln.

Universitäten und Schulen dürfen Bücher und Zeitschriften klauen

Bei den Auseinandersetzungen im Vorfeld der Verabschiedung dieser beiden „Körbe“ hat es schon nicht an wechselseitigen Vorwürfen gefehlt. Hingewiesen sei hier nur beispielhaft auf zwei Anzeigen, die „Verlage und Wissenschaftler für ein faires Urheberrecht“ in Tageszeitungen veröffentlichten. In der einen, erschienen am 26. März 2003 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, wird plakativ herausgestellt: „Universitäten und Schulen müssen sparen. Darum dürfen sie in Zukunft Bücher und Zeitschriften klauen.“ In einer anderen Anzeige, veröffentlicht am 31. März 2003 in der „Süddeutschen Zeitung“, heißt es nicht weniger provozierend: „Nächste Woche berät der Rechtsausschuss des Bundestages über ein staatliches Programm zur Förderung der Arbeitslosigkeit in Fachverlagen.“

Ergreift die Piraten!

In letzter Zeit nun hat sich der Streit um die Rechte am geisti-

gen Eigentum globalisiert – genannt sei nur das Projekt Google-Books – und verschärft, dementsprechend ist auch sprachlich aufgerüstet worden. Jetzt geht es nicht mehr nur um einfachen Diebstahl, jetzt geht es um Piraterie.

„Piraterie, so steht es bei Wikipedia unter: Piraterie, ist heute international geächtet und seit Juni 2008 von den Vereinten Nationen als kriegerische Handlung eingestuft.“

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ fordert am 27. Februar 2009 in der Überschrift eines Artikels, der dem Kampf gegen die „Netzpiraterie“ gewidmet ist: „Ergreift die Piraten!“ und muß doch am 9. Juni 2009 nach einem Urteil des OLG Frankfurt feststellen: „Jagd auf Internetpiraten erschwert“.

Um diesen Krieg, in dem „Internet-Piraten gegen Copyright-Magnaten“ kämpfen, besser verstehen zu können, bietet ein Beitrag des „Tagesspiegel“ am 30. Juni 2009 eine „kleine Einführung in die Ideologie des digitalen Freibeutertums“.

Vor dem Hintergrund dieses Schlachtenlärms bemühen sich zur Zeit die Europäische Union und der deutsche Gesetzgeber darum, neue Antworten auf rechtlich noch nicht vollständig geklärte Fragen und auf seit 2000 neu zutage getretene Herausforderungen zu finden.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften legt ein Grünbuch vor

So hat die „Kommission der Europäischen Gemeinschaften“ in der ersten Jahreshälfte 2008 ein

„Grünbuch – Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft“ vorgelegt.

Die Vorlage dieses Grünbuchs wird zu Recht damit begründet, dass sich die Frage stellt, „ob der mit der [oben schon genannten] Richtlinie geschaffene Ausgleich dem sich rasch wandelnden Umfeld nach wie vor gerecht wird.“; denn, so fährt der Text des Grünbuchs fort: „Neue Technologien und gesellschaftliche und soziale Praktiken gefährden diesen Ausgleich permanent, während neue Marktakteure, wie Suchmaschinen, versuchen, diese Veränderungen in neue Geschäftsmodelle zu fassen. Auch können solche Entwicklungen potenziell zu einer Werteververschiebung zwischen den einzelnen Akteuren im Internet führen und das Verhältnis zwischen den Inhabern digitaler Inhalte und den Unternehmen, die Navigations-techniken zur Verfügung stellen, aus dem Gleichgewicht bringen.“

Die Kommission wollte mit diesem Grünbuch einen Konsultationsprozess einleiten und hatte deshalb alle Interessengruppen aufgefordert, zu den dargestellten technischen und rechtlichen Fragen Stellung zu beziehen, wobei den ausformulierten Fragen nur Beispielcharakter zukommen sollte. Die Stellungnahmen der interessierten Kreise waren bis zum 30. November 2008 einzureichen und harren nun ihrer Auswertung, die mit Spannung erwartet wird.

Das Bundesministerium der Justiz prüft weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf

Am 13. Februar 2009 hat das Bundesministerium der Justiz in Berlin mit der Vorlage des Papiers „Prüfung weiteren gesetzgeberi-

schen Handlungsbedarfs im Bereich des Urheberrechts“ einen eigenen Konsultationsprozess angestoßen.

Grund dafür ist zunächst die Tatsache, dass auch bei der Verabschiedung des „Zweiten Korbes“ noch nicht für alle schon damals anstehenden Fragen eine Lösung gefunden werden konnte. Deshalb hatten sowohl Bundestag wie Bundesrat das Bundesministerium für Justiz gebeten zu überprüfen, ob weiterer gesetzgeberischer Handlungsbedarf für einen „Dritten Korb“ besteht, und bei Bedarf entsprechende Regelungsvorschläge zu unterbreiten. Ähnlich wie beim Beratungsverfahren der Europäischen Gemeinschaft versteht sich die Vorlage des Bundesministeriums der Justiz „nicht als abschließende Darstellung von möglicher Weise regelungsbedürftigen Fragen. Daher können mit den Stellungnahmen auch weitere Themenvorschläge unterbreitet werden.“ Die Stellungnahmen sollten bis zum 15. Juni 2009 eingesandt werden.

Der AWW-Arbeitskreis „Dokumentation und Archivierung von Webpräsenzen“ greift rechtliche Fragen seiner Arbeit auf

Der AWW-Arbeitskreis „Dokumentation und Archivierung von Webpräsenzen“ hat sich von Anfang an mit den rechtlichen Fragen seiner Arbeit beschäftigt, da sie für ihn von großem Gewicht sind.

Er tat dies auch im Jahr 2008 – sowohl auf seiner Sitzung am 26. Februar in Berlin wie auch auf seiner Sitzung am 21. Oktober in Bonn. Dabei standen in Berlin die Regelungen im Mittelpunkt, die mit Beginn des Jahres in Bezug auf die Öffentlichmachung im Internet neu in Kraft getreten waren, in Bonn wurde vor allem über die Fragen gesprochen, die mit dem Grünbuch der Kommission

der Europäischen Gemeinschaften verbunden sind.

Am 28. April 2009 hat sich der Arbeitskreis in München mit dem Papier des Bundesministeriums für Justiz beschäftigt und beschlossen, von der Möglichkeit einer Stellungnahme Gebrauch zu machen.

In dieser Eingabe heißt es u. a.: „Der Arbeitskreis sieht dringenden Handlungsbedarf, um die Archivierung und Wiederverfügbarmachung politischer Inhalte auf eine rechtlich abgesicherte Basis stellen zu können. Bei digitalen Inhalten ist die Archivierung mit einer Vervielfältigung notwendigerweise verbunden, so dass auch die Vervielfältigung dieser Inhalte zum Zwecke der Erhaltung auf eine rechtlichen Grundlage zu stellen ist.“

Zur Erhaltung des kulturellen Erbes in seiner gesamten Vielfältigkeit erscheint dem Arbeitskreis daher die Einrichtung einer Regelung notwendig, welche die einmalige Vervielfältigung von politischen Inhalten unabhängig von deren medialer Form erlaubt. Ziel ist die Ermöglichung der Erfassung, Erschließung, Langzeitsicherung und Bereitstellung von digitalen Inhalten unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Formats für Forschung, Wissenschaft und Bildung.“

Eine rechtliche Regelung für die Archivierung von Webpräsenzen steht aus

Nun steht dieses Ersuchen des Arbeitskreises sicherlich nicht im Mittelpunkt der Probleme, mit denen sich der Gesetzgeber zu beschäftigen beabsichtigt. Der Arbeitskreis rechnet jedoch deswegen mit einer erhöhten Aufmerksamkeit für sein Anliegen, da offensichtlich diese Frage im Rahmen der Aufgabenstellung der Deutschen Nationalbibliothek ohnehin angegangen werden muss.

Die Deutsche Nationalbibliothek hat gemäß dem „Gesetz über die Deutsche Nationalbibliothek“ seit dem 29. Juni 2006 nicht nur wie zuvor die Aufgabe der Sammlung der körperlichen Medienwerke, sondern seitdem auch der unkörperlichen Werke. Bei der Sammlung der unkörperlichen Werke soll sie auch von sich aus die deutschsprachigen Webpräsenzen spiegeln bzw. ernten. Dazu aber fehlt ihr nach gegenwärtigem Stand die rechtliche Grundlage, wie noch am 10. Juni 2009 in Berlin auf der nestor Abschluss-Veranstaltung „nestor macht weiter: Gemeinsam digitales Wissen sichern“ deutlich wurde.

Neuaufgabe

Hrsg. AWW

Speichern sichern und Archivieren auf Bandtechnologien

2. Vollständig überarbeitete Auflage, Eschborn 2009, 116 Seiten, 21,- €, Best.-Nr. 06 630. ISBN 978-3-931193-36-8



In der Schrift werden die aktuellen Bandspeichertechnologien vollständig und übersichtlich dargestellt. Neben der Darstellung der Eigenschaften der einzelnen Technologien werden Hilfestellungen zu Einsatzgebieten sowie zu Lebensdauerabschätzungen gegeben und Trends dargestellt.